Gutachten des Deutschen Notarinstituts

Abruf-Nr.: 152424

letzte Aktualisierung: 17. Januar 2018

EGBGB Art. 14, 15

Russland: Grundstückserwerb durch einen russischen Staatsangehörigen, verheiratet mit einer ebenfalls russischen Staatsangehörigen und gewöhnlichem Aufenthalt der Eheleute in Deutschland

I. Sachverhalt

Ein russischer Staatsangehöriger, der mit einer ebenfalls russischen Staatsangehörigen verheiratet ist, möchte in Deutschland ein Grundstück erwerben. Die Eheleute haben ihren gewöhnlichen Lebensmittelpunkt in Deutschland. Der Ehemann möchte als Alleineigentümer im Grundstück eingetragen werden, die Ehefrau soll nach seinem Wunsch auch nicht Kaufvertragspartei werden.

II. Rechtsfragen

1. Ist es zulässig, dass der Ehemann als Alleineigentümer im Grundbuch eingetragen wird oder ist lediglich eine Eintragung beider Ehegatten unter Angabe des russischen gesetzlichen Güterstandes möglich?
2. Muss die Ehefrau den Kaufvertrag genehmigen, sollte sie nicht selbst Partei werden?

III. Zur Rechtslage

Gemäß Art. 15 Abs. 1, 14 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB gilt als Güterstatut aus deutscher Sicht vorrangig das Recht des Staates, dem beide Ehegatten bei der Eheschließung angehörten. Da hier beide Ehegatten die russische Staatsangehörigkeit hatten, verweist das deutsche Recht somit auf das russische Recht. Hierbei handelt es sich gem. Art. 4 Abs. 1 S. 1 EGBGB um eine Gesamtverweisung, so dass das russische Recht dahingehend zu untersuchen ist, ob es die Verweisung annimmt oder ob es zu einer Rück- oder Weiterverweisung kommt.

Familienrechtliche Sachverhalte mit Auslandsberührung sind im russischen IPR in den Art. 156-167 des russischen Familiengesetzbuchs vom 18.12.1995 (im Folgenden: „FGB“) geregelt (vgl. Lorenz, in: Bergmann/Ferid/Henrich, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Russische Föderation, Stand: 10.7.2013, S. 29). Der insoweit einschlägige Art. 161 FGB lautet in der deutschen Übersetzung bei Lorenz wie folgt (vgl. Lorenz, S. 86):

Art. 161 Persönliche nichtvermögenswerte und vermögenswerte Rechte und Pflichten der Ehegatten

1. Die persönlichen nichtvermögenswerten und vermögenswerten Rechte und Pflichten der Ehegatten bestimmen sich nach der Gesetzgebung des Staates, auf dessen Gebiet sie ihren gemeinsamen Wohnsitz haben und in Ermangelung eines gemeinsamen Wohnsitzes nach der Gesetzgebung des Staates, auf dessen Gebiet sie ihren letzten gemeinsamen Wohnsitz hatten. Die persönlichen nichtvermögenswerten und vermögenswerten Rechte und Pflichten der Ehegatten, welche keinen gemeinsamen Wohnsitz hatten, bestimmen sich auf dem Gebiet der Russischen Föderation nach der Gesetzgebung der Russischen Föderation.
2. Bei Abschluss eines Ehevertrages oder einer Vereinbarung über die Leistung von Unterhaltsbeiträgen aneinander können Ehegatten, die keine gemeinsame Staatsbürgerschaft oder keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, die Gesetzgebung wählen, die zur Bestimmung ihrer Rechte und Pflichten nach dem Ehevertrag oder der Vereinbarung über die Leistung von Unterhaltsbeiträgen Anwendung finden soll. Wenn die Ehegatten die anwendbare Gesetzgebung nicht gewählt haben, findet Ziff. 1 dieses Artikels auf den Ehevertrag oder ihre Vereinbarung über die Leistung von Unterhaltsbeiträgen Anwendung.

Grundsätzlich ist somit das Recht des Staates maßgeblich, in dem die Ehegatten ihren gemeinsamen Wohnsitz haben, wobei der Wohnsitz i. S. d. russischen Rechts nach Art. 20 russ. Zivilgesetzbuch (ZGB) als der Ort definiert wird, an dem sich eine Person ständig oder überwiegend aufhält. Dabei wird wandelbar an die jeweils geltenden Verhältnisse angeknüpft.

Hier befindet sich der gemeinsame Wohnsitz der Ehegatten zzt. in Deutschland, so dass durch das russische Kollisionsrecht auf das deutsche Recht zurückverwiesen wird. Diese Rückverweisung wird vom deutschen Recht auch als sog. bewegliche Rückverweisung angenommen (h. M., vgl. etwa OLG Düsseldorf ZEV 2011, 473; a. A. nur OLG Nürnberg MittBayNot 2011, 337). Aufgrund dieser Rückverweisung auf das deutsche Recht leben die Eheleute derzeit also im gesetzlichen Güterstand des deutschen Rechts und damit in Zugewinnngemeinschaft. Damit aber ist ein Erwerb des Grundstücks zu Alleineigentum des Ehemannes problemlos ohne Mitwirkung der Ehefrau möglich.